

23.02.2016

Neudruck

Antrag

der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP

Wirtschaftspolitische Kehrtwende endlich einleiten – Zukunftschancen für den Produktionsstandort Nordrhein-Westfalen sichern, Wohlstand und Wachstum stärken, Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen

I. Ausgangslage

Die Wirtschaftspolitik der rot-grünen Landesregierung ist gescheitert. Industrielle Produktion ist auf dem Rückzug, Wertschöpfung wird aus Nordrhein-Westfalen verlagert, Standortnachteile im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften nehmen zu und das Wachstumsdefizit gegenüber vergleichbaren deutschen Bundesländern und dem deutschen Durchschnitt steigt weiter.

Viele Wissenschaftler und Experten schlagen Alarm. Bereits zu Beginn des Jahres 2014 hatte das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln (IW Köln) eine über Jahre verfestigte Wachstumsschwäche Nordrhein-Westfalens diagnostiziert. Demnach wächst die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen seit 1991 im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern unterdurchschnittlich. Seit 1991 hat sich das Wachstumsdefizit gegenüber den westdeutschen Ländern nach Angaben des nordrhein-westfälischen Statistikamtes IT.NRW auf über 10 Prozentpunkte aufsummiert. Der Studie „NRW 2020“ der Unternehmensberatung McKinsey ist zu entnehmen, dass ohne diese Wachstumslücke dem Land und den Kommunen heute jährliche Steuermehreinnahmen von über 3 Mrd. Euro zur Verfügung stünden. Außerdem gäbe es im nordrhein-westfälischen Arbeitsmarkt heute mehr als 300.000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Daten der Hauptverwaltung NRW der Deutschen Bundesbank sowie von IT.NRW zeigen zudem, dass sich alleine von 2010 bis zum zweiten Halbjahr 2015 eine kumulierte Wachstumslücke von vier Prozentpunkten im Vergleich zum deutschen Durchschnitt aufgetürmt hat.

McKinsey hatte 2013 Vorschläge unterbreitet, wie durch kluge und gezielte Zukunftsinvestitionen Wachstums- und Wohlstandschancen sowie neue Perspektiven für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen im Land geschaffen werden können. Auch das IW Köln hatte bereits Anfang 2014 Wachstumsimpulse angeregt, die jedoch bis heute unterblieben sind.

Datum des Originals: 23.02.2016/Ausgegeben: 01.03.2016 (23.02.2016)

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

In der Folge rufen die Wirtschaftsbranchen selbst ebenfalls immer lauter nach Kurskorrekturen. Zuletzt hat der Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie in Nordrhein-Westfalen (METALL NRW) auf die sehr ernste Situation der Produktionsbedingungen im Land hingewiesen. So steigt die Verlagerung von Produktionsaktivitäten ins Ausland in dieser Branche, die rund 50 Prozent der industriellen Arbeitsplätze und 50 Prozent der Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe in Nordrhein-Westfalen stellt, rapide an. Analog verhält es sich mit den Investitionen in Produktionsaktivitäten. So fließen bereits jetzt 40 Prozent der Investitionen der hiesigen Metall- und Elektroindustrie ins Ausland, in fünf Jahren werden es bereits nahezu 50 Prozent sein.

Auch der Bauindustrieverband NRW weist auf eine zunehmende Wachstums- und Investitionsschwäche in Nordrhein-Westfalen hin. So ging der Wirtschaftsbau (Investitionen von Unternehmen in Produktionsstätten, Lager, Verwaltungsgebäude etc.) 2014 um 3,1 Prozent zurück. Die Talfahrt setze sich in 2015 fort: Bis Oktober 2015 ging der Wirtschaftsbau noch einmal um 0,5 Prozent zurück.

Die Rückmeldung der Mitglieder von METALL NRW sowie die vom Bauindustrieverband NRW veröffentlichte Entwicklung im Wirtschaftsbau decken sich dabei mit den volkswirtschaftlichen Daten. So zeichnen die Vergleichswerte aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder ein katastrophales Bild von Nordrhein-Westfalen. Im Vergleich mit ähnlich strukturierten westdeutschen Bundesländern wie Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Niedersachsen, in denen die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe zwischen 2010 und 2014 kumuliert um rund 16,5 Prozent (BW), 17 Prozent (BY), 10 Prozent (HE) bzw. 15 Prozent (NI) zugenommen hat, stagnierte sie in Nordrhein-Westfalen. Wachstum in Deutschland entsteht somit außerhalb Nordrhein-Westfalens. Das industrielle Rückgrat der Bundesrepublik ist bedroht.

Besonders deutlich wird die schleichende De-Industrialisierung des Landes bei einem Blick auf die Entwicklung der Industrie- und Gewerbeflächen in Nordrhein-Westfalen. Seit Antritt der rot-grünen Landesregierung im Jahr 2010 sind der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen nach Erhebungen von IT.NRW fast 3.500 ha Industrie- und Gewerbefläche ersatzlos verloren gegangen.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung setzt jedoch weiterhin auf eine Politik des Umverteilens, des Bürokratisierens und der falschen Prioritäten. Die willkürlich beschlossene Verkleinerung des Tagebaus Garzweiler um ein Drittel der geplanten Fördermenge hat insbesondere bei energieintensiven Unternehmen zu weiteren Verunsicherungen geführt, die sich negativ auf das Investitionsklima in Nordrhein-Westfalen auswirken. Durch bürokratische und wirkungslose Symbolmaßnahmen wie das Tariftreue- und Vergabegesetz, wirtschafts- und industriefeindliche Landesentwicklungs- und Klimaschutzpläne, ideologische Bremsklötze bei Infrastrukturinvestitionen und einer Bildungspolitik von Vorgestern befördert die Landesregierung sogar den Standortnachteil Nordrhein-Westfalens. Eine Kehrtwende ist dringend erforderlich.

II. Handlungsbedarf

Die Folgen der wirtschaftlichen Defizite in Nordrhein-Westfalen sind nicht zuletzt geringere Zukunftschancen und mangelnde Perspektiven für die Menschen unseres Bundeslandes. Die Hilferufe der Wirtschaft, die volkswirtschaftlichen Daten und die nach Bremen höchste westdeutsche Arbeitslosenquote mit rund 300.000 Langzeitarbeitslosen sprechen eine deutliche Sprache.

Deshalb benötigt das Land Impulse für Investitionen und für den Erhalt und Ausbau von Produktion und Wertschöpfung. Dafür sind eine Entlastungs- und eine Zukunftsoffensive notwendig, die den Standort Nordrhein-Westfalen für etablierte kleine, mittlere und große Unternehmen wieder attraktiver gestalten, neue Betriebe und Investitionen anziehen und das Entstehen erfolgreicher Startups und Innovationen befördern.

Die Entlastungsoffensive muss dabei insbesondere den Abbau von Wachstumsbremsen sowie von bürokratischen Lasten fokussieren. Dazu gehören ein Abbau von überflüssigen Gesetzen und Verordnungen, eine effiziente und marktorientierte Energiepolitik sowie ein wirtschaftsfreundlicher Landesentwicklungsplan.

Im Rahmen der ebenfalls dringend erforderlichen Zukunftsoffensive kommt den Rahmenbedingungen für die digitalisierte Wirtschaft 4.0 eine besondere Bedeutung zu. Einer aktuellen Studie der Strategieberatung Accenture zufolge kann in Deutschland durch eine entsprechende Impulssetzung alleine in den kommenden vier Jahren ein zusätzliches BIP-Wachstum von rund 80 Mrd. Euro ausgelöst werden. Wenn Nordrhein-Westfalen sich bei dieser Entwicklung an die Spitze setzt, könnte das über 17,5 Mrd. Euro zusätzliches Wachstum für das Land bedeuten.

Dazu müssen wir auch unser Bildungssystem an die Herausforderungen des digitalen Zeitalters anpassen. Wir benötigen zudem ein flächendeckendes Hochleistungs-Breitbandnetz in allen Teilen des Landes. Sechs von zehn Haushalten im ländlichen Raum und neun von zehn Industrie- und Gewerbegebieten verfügen derzeit über keinen Zugang zum schnellen Internet von mindestens 50 Mbit/s. Dabei ist die zunehmende Digitalisierung unserer Gesellschaft ein Wachstumstreiber. Allein durch die flächendeckende Umsetzung von Industrie 4.0 könnte das jährliche Wachstum um 1,7 Prozentpunkte steigen. Nach einer Studie der Strategieberatung MICUS müssen in Nordrhein-Westfalen mindestens 5,6 Mrd. Euro in den Ausbau der Netze investiert werden, um alle Haushalte an das schnelle Netz anzuschließen. Auch eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur muss geschaffen werden. Ohne den Ausbau der digitalen und analogen Infrastruktur würde unsere nordrhein-westfälische Wirtschaft von der globalen Entwicklung abgekoppelt. Ähnliches droht schon jetzt im Bereich der Start-Up-Förderung: Während sich in den letzten Jahren in Berlin eine vitale StartUp-Szene entwickelt hat, tritt Nordrhein-Westfalen auf der Stelle. Viele StartUps sind laut StartUp-Monitor 2015 unzufrieden mit der rot-grünen Landesregierung, jedes dritte StartUp denkt sogar über einen Wegzug aus Nordrhein-Westfalen nach. Entsprechend landet das Land im StartUp-Monitor auf dem letzten Platz. Hier muss gehandelt werden.

III. Forderungsteil

Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf,

1. eine Entlastungsoffensive für kleine, mittlere und große Unternehmen zu starten, die insbesondere folgende Maßnahmen enthält:
 - a. sofortige Abschaffung des bürokratischen und verfehlten Tariftreue- und Vergabegesetzes,
 - b. Rücknahme des Klimaschutzgesetzes und des Klimaschutzplans,
 - c. Vorlage des umstrittenen Entwurfes für ein Gesetz zur Änderung wasser- und wasserverbandsrechtlicher Vorschriften bei der Clearingstelle Mittelstand und anschließende Umsetzung der entsprechenden Stellungnahme im Gesetzgebungsverfahren,
 - d. Verzicht auf mittelstandsbelastende Regelungen im geplanten Landesnaturschutzgesetz,

- e. Rahmenbedingungen schaffen, die den nordrhein-westfälischen Kommunen wachstumsfreundliche und insb. im Vergleich zu anderen Bundesländern wettbewerbsfähige Grund- und Gewerbesteuerhebesätze ermöglichen.
2. eine Zukunftsoffensive für kleine, mittlere und große Unternehmen zu starten, die insbesondere folgende Maßnahmen enthält:
 3.
 - a. flächendeckenden Breitbandausbau sicherstellen:
Die bisherigen Fördermaßnahmen des Landes sind angesichts des hohen Investitionsbedarfes vollkommen unzureichend. Das Land muss daher unter anderem
 - die Fördermittel für den Breitbandausbau durch einen gezielteren Einsatz von europäischen Fördermitteln wie EFRE, einen vollständigen Abruf und effizienten Einsatz verfügbarer Bundesmittel sowie prioritätenorientierte Umschichtungen im Landeshaushalt aufstocken.
 - das Förderprogramm der NRW.Bank für den Breitbandausbau grundlegend überarbeiten.
 - landesseitig die EU-Kostensenkungsrichtlinie umsetzen, z.B. durch Änderung der Landesbauordnung, damit zukünftig bei allen Neubauten im Rahmen von ohnehin notwendigen Hausanschlüssen IT-Technologien grundsätzlich mitberücksichtigt werden.
 - ein Konzept für Bürgerbreitbandfonds und Bürgerbreitbandprojekte entwickeln.
 - den Ausbau offener WLAN-Netze sowie den flächendeckenden Einsatz von LTE fördern.
 - b. Bedingungen für StartUps verbessern:

Hierzu muss die Landesregierung unter anderem
 - ein Konzept entwickeln, wie mehr privates Kapital für StartUps aktiviert werden kann.
 - StartUps von unnötiger Bürokratie entlasten.
 - sich beim Aufbau einer vitalen und sich selbst verstärkenden StartUp-Szene stärker fokussieren und eine gegenseitige Kanibalisierung der Städte und Gemeinden verhindern.
 -
 - c. Mittelstand für Wirtschaft 4.0 sensibilisieren und bei der Umsetzung unterstützen:
Ein Drittel des produzierenden Mittelstands hat sich nach einer Umfrage der DZ Bank bislang noch nicht ausreichend mit den Folgen des digitalen Wandels befasst. Damit die Digitalisierung Chance und nicht Risiko für unsere Unternehmen und Betriebe wird, muss der Mittelstand für die Digitalisierung sensibilisiert und bei der Umsetzung unterstützt werden. Hierzu muss die Landesregierung unter anderem
 - die fünf geplanten DWNRW-Hubs stärker auf die Bedürfnisse der mittelständischen Wirtschaft ausrichten. Hierzu muss jedem Hub ein thematischer Schwerpunkt zugeordnet werden (z.B. E-Commerce, Mobilität, Medien, E-Health oder Elektro- und Maschinenbau).
 - durch den Aufbau von Demonstrationsprojekten (z.B. im Rahmen von Lernfabriken 4.0 an berufsbildenden Schulen) für mittelständische Unternehmen die Möglichkeit schaffen, sich mit den Vorteilen der Digitalisierung vertraut zu machen.

- d. Verabschiedung eines Landesentwicklungsplans (LEP), der Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsentwicklung fördert:

Seit 6 Jahren arbeitet die Landesregierung an einem neuen LEP. Beide bisher vorgelegte Entwürfe sind von Kommunen und Wirtschaft als beschäftigungs- und wachstumsfeindlich abgelehnt worden. Die Landesregierung muss daher einen neuen LEP-Entwurf vorlegen, der unter anderem auf die nach wie vor vorgesehenen Restriktionen bei der Ausweisung von Flächen verzichtet. Stattdessen muss der neue LEP Anreize setzen, die seit Regierungsübernahme von Rot-Grün verloren gegangenen Industrie- und Gewerbeflächen zu ersetzen.

- e. Bildung, Forschung und Entwicklung stärken: Die Landesregierung hat die Freiheit von Forschung und Entwicklung erheblich eingeschränkt und Kooperationen zwischen Wirtschaft und Hochschulen erschwert. Bei der Bildungspolitik verharrt sie dagegen in überholten Strukturen. NRW braucht eine Stärkung von Bildung, Forschung und Entwicklung u.a. durch:

- eine konsequente Ausstattung von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen mit modernen digitalen Technologien.
- eine bessere Vermittlung von digitalen Kompetenzen an Lehrerinnen und Lehrern sowie entsprechende konsequente Weiterbildungen, um einen stärkeren Einsatz digitaler Lehr- und Lernmethoden an Schulen zu ermöglichen.
- die Einrichtung von "Smart Factories" in Zusammenarbeit mit geeigneten Kammer-, (Aus-)Bildungs- und Forschungseinrichtungen
- Abbau von im Rahmen des sog. Hochschulzukunftsgesetzes entstandener Bürokratie.
- Vereinfachung von Kooperationen zwischen Hochschulen und Unternehmen.
- Einsatz der Landesregierung für die Schaffung einer steuerlichen Forschungsförderung.

- f. leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur wieder herstellen:

Brücken und Straßen in Nordrhein-Westfalen bröckeln, auf Schiene und Wasserstraßen kommt es zunehmend zu Engpässen. Die nordrhein-westfälische Verkehrsinfrastruktur muss endlich wieder bedarfsgerecht und vorausschauend ausgebaut und mehr in den Erhalt investiert werden. Hierzu muss die Landesregierung insbesondere die Anzahl der Planfeststellungsbeschlüsse erhöhen, damit Mittel des Bundes und der EU in voller Höhe abgerufen werden können.

Armin Laschet
Lutz Lienenkämper
Hendrik Wüst

und Fraktion

Christian Lindner
Christof Rasche
Ralf Witzel
Dietmar Brockes
Ralph Bombis
Yvonne Gebauer
Marcel Hafke

und Fraktion